



11011

Der Kommunalbrief

Sonderausgabe

Kommunale Unternehmen sind das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Kommunale Unternehmen sind mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. In einer globalisierten, schnelllebigen Welt arbeiten sie verlässlich und beständig. Die Deutschen wissen: Auf die kommunalen Unternehmen können sie sich verlassen.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Kommunale Unternehmen haben eine grundlegende gesellschaftliche Bedeutung, denn ihre konstanten und nachhaltigen Leistungen ermöglichen Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. Entscheidend dafür sind ihre kommunale Eigentümerschaft, ihre regionale Verankerung sowie ihre Ausrichtung am Gemeinwohl. Die Kommunalwirtschaft hat aber auch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung: Sie sichert direkt und indirekt Arbeitsplätze für 734.000 Menschen. Sie ist überall vor Ort – in den Metropolen und im ländlichen Raum. Zudem sorgen kommunale Unternehmen jährlich für 16,7 Milliarden Euro Einkommen und generieren 23,7 Milliarden Euro an Steuern.

Die Bürger vertrauen kommunalen Unternehmen

Kommunale Unternehmen sind damit ein regionaler, verlässlicher und nachhaltiger Partner für Gesellschaft und Wirtschaft. Gemeinsam bilden Kommunen und ihre Unternehmen das tragfähige Fundament für Deutschland und entwickeln tagtäglich Lösungen für die aktuellen Herausforderungen – von der Digitalisierung, über ihren Beitrag zur Energiewende bis hin zur Integration von Flüchtlingen. Auch die Bürger schätzen die Eigenschaften der Kommunalen: Lokalität und Regionalität, darin liegen Nähe, Verbundenheit und Stärke. Die Wertschätzung zeigt sich deutlich in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes forsa: 78 Prozent der befragten Bürger haben großes oder sogar sehr großes Vertrauen in kommunale Unternehmen.

› Die kommunalen Unternehmen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und arbeiten nachhaltig für die Bürgerinnen und Bürger ihrer Region. Sie sind Garant für Lebensqualität vor Ort und stehen für eine moderne Daseinsvorsorge. Damit das so bleibt, brauchen sie geeignete und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Politik steht auf allen Ebenen in der Verantwortung, die kommunalen Unternehmen dabei zu unterstützen, dass sie auch langfristig ihre Leistungen für Deutschland erbringen können.

Vertrauen

78 %

der Bürger vertrauen
kommunalen Unternehmen

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Beschäftigung

Kommunalwirtschaft
schafft Beschäftigung für

734.000

Menschen.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Starke kommunale Unternehmen



Damit zentrale Märkte, wie die Strombörse und der Regelleistungsmarkt auch künftig funktionieren, müssen die lokalen Anforderungen im Verteilnetz stärker berücksichtigt werden. Die Qualität des Stromsystems ist daher zunehmend abhängig von Leistungsfähigkeit der Verteilnetzbetreiber (VNB). Vor diesem Hintergrund müssen die Verantwortlichkeiten zu Gunsten der VNB besser verteilt und eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Netzbetreibern geschaffen werden.

Verteilnetzlänge

770.000

Kilometer Verteilnetze

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Verteilnetzbetreiber sind Systemmanager

Verteilnetzbetreiber sind zu Systemmanagern der Energiewende vor Ort avanciert. Das liegt am dezentralen Charakter der Erzeugungslandschaft, flexiblen Verbrauchseinrichtungen und zukünftig verstärkt auch Speichern. Diese müssen lokal gesteuert werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, die dezentral erzeugte Energie bereits in den Verteilnetzen bestmöglich mit lokalem Verbrauch auszugleichen. Denn so wird das Gesamtsystem von 770.000 Kilometern entlastet und ausbalanciert. Dabei sind die Verteilnetze so zuverlässig wie nie: Der durchschnittliche Wert für Versorgungsunterbrechungen sinkt seit Jahren kontinuierlich. 2015 waren die Deutschen durchschnittlich nur 12,7 Minuten ohne Strom. Damit gehört Deutschland zum Spitzenreiter im europäischen Vergleich. Dies ermöglichen Verteilnetzbetreiber trotz sinkender Netzentgelte und den technischen Herausforderungen, die die Integration der erneuerbaren Energien mit sich bringt.

Intelligente und flexible Netze sind der Schlüssel zur Energiewende

Die Energiewende findet vornehmlich in den Verteilnetzen statt – das ist ihr dezentraler Charakter. Bereits heute sind 97 Prozent der erneuerbaren Erzeugungsanlagen an die Verteilnetzebene angeschlossen. Eine stärkere System-

Verteilnetzbetreiber sind die Systemmanager der Energiewende vor Ort.

Anschlussgrad Erneuerbare

97%

der Erneuerbaren
sind an die Verteilnetzebene
angeschlossen

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

verantwortung der Verteilnetzbetreiber als Garanten der Versorgungssicherheit ist deshalb unerlässlich. Dafür brauchen sie angemessene regulatorische und technische Rahmenbedingungen. Zudem müssen sie in der Lage sein, die jeweils günstigste Flexibilitätsoption wählen zu können. Damit können sie eine effiziente Versorgung gewährleisten. Dafür müssen jedoch die historisch überholten Regelungen der §§ 12, 13, und 14 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zu den Aufgaben der Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber angepasst werden.

› Verteilnetzbetreiber sind die Systemmanager der Energiewende. Das liegt am dezentralen Charakter der Erzeugungslandschaft. Um Systemstabilität zu gewährleisten, muss die dezentral erzeugte Energie in den Verteilnetzen bestmöglich dem lokalen Verbrauch angepasst werden. Dafür benötigen Verteilnetzbetreiber passende regulatorische Rahmenbedingungen, um ihre stärkere Systemverantwortung auch wahrnehmen zu können.

Energieeffizienz und der Ausbau eines Energiedienstleistungsmarktes (EDL-Markt) sind zentrale Themen der nächsten Jahre. Politisch werden daher verschiedene Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienz diskutiert. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission soll das Effizienzziel 2030 auf 30 Prozent angehoben werden. Mit dem Grünbuch Energieeffizienz des Bundeswirtschaftsministeriums wird das Prinzip „Efficiency First“ priorisiert. Kommunale Energieversorger leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele. Damit sie ihre Rolle im EDL-Markt weiter ausbauen können, benötigen sie faire Rahmenbedingungen.

Breites Angebot an Energiedienstleistungen

Deutschland kann nur dann seinen Beitrag zur Erreichung der europäischen und nationalen Energie- und Klimaziele leisten, wenn die bestehenden Effizienzpotenziale gehoben werden. Dieses kann wiederum nur gelingen, wenn alle Anbieter, d.h. auch kommunale Versorger, auf die gleichen wettbewerblichen Rahmenbedingungen aufsetzen.

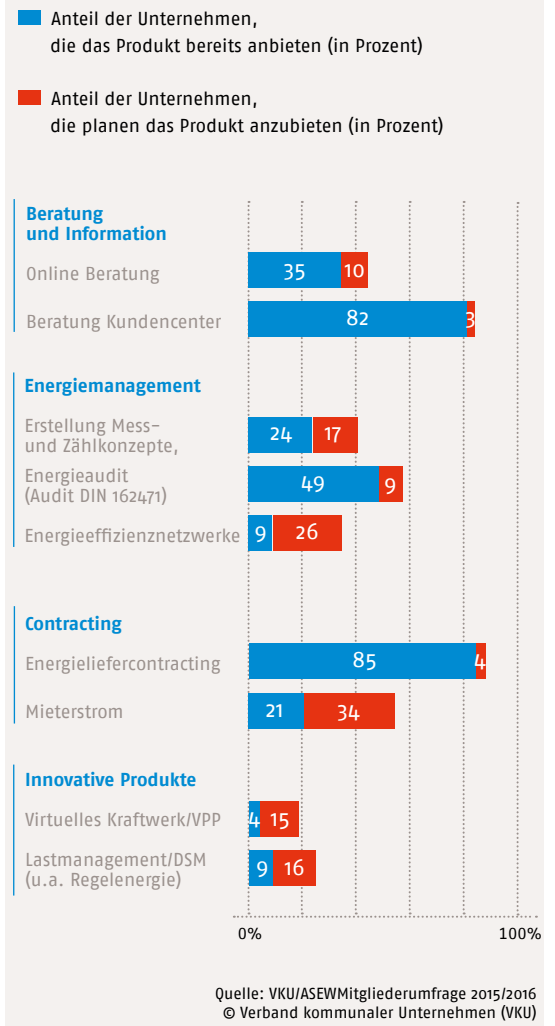
Kommunale Energieversorgungsunternehmen (EVU) bieten ein breites Angebot an Energiedienstleistungen an, wie zum Beispiel Beratung & Information, Energieaudit- und Energiemanagement-Angebote oder Contracting-Lösungen. Jedoch sind sie mit einer Vielzahl von Begrenzungen konfrontiert. Von zentraler Bedeutung ist, dass kommunale EVU bei allen relevanten Förderprogrammen antragsberechtigt sein müssen. Derzeit sind sie bei einer Vielzahl von Förderprogrammen ausgeschlossen. Kommunale EVU beraten ihre Kunden unabhängig, objektiv, qualitativ hochwertig und individuell. Die Beantragung von Fördermitteln sollte daher allein an die Qualität des Beraters geknüpft werden.

Das Gemeindefirtschaftsrecht muss künftig dazu beitragen, die Chancengleichheit zwischen den Wettbewerbern zu fördern. Aktuell steht es in einigen Bundesländern dem Aus- und Aufbau des Energiedienstleistungsgeschäfts kommunaler EVU entgegen. So muss es im Gemeindefirtschaftsrecht der Länder ein Level-Playing-Field zwischen privaten und kommunalen Unternehmen geben. Stadtwerke müssen die gleichen Chancen haben wie ihre Wettbewerber.

Energiedienstleistungen kommunaler EVU haben einen monetären Wert. Sie werden nicht als Add-on, um Kunden zu binden angeboten, sondern müssen sich – genau wie bei privaten Energiedienstleistern auch – wirtschaftlich rechnen und einen Beitrag zum Unternehmensergebnis leisten.

Die Rolle kommunaler EVU im Energiedienstleistungsmarkt muss gestärkt werden. Dazu sind die Rahmenbedingungen zukunftsgerichtet anzupassen. Darüber hinaus sind zentrale und wettbewerbsunterstützende Weichenstellungen erforderlich. Ergänzend muss der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz innovativ weiterentwickelt werden. Die Novellierung der EU-Energieeffizienzrichtlinie muss eine kontinuierliche Weiterentwicklung ermöglichen.

Energiedienstleistungsportfolio kommunaler Unternehmen



Energiedienstleistungen

Kommunale
EVU
dürfen nicht länger im Abseits stehen.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Saubere Straßen und Parks, eine funktionierende und zuverlässige Abfallsorgung, Umweltbildung in Schulen und Kindergärten: Das sind nur einige der vielen Aufgaben der kommunalen Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe in Deutschland. Mit dem breiten Aufgabenportfolio leisten sie einen wesentlichen Beitrag für lebenswerte Städte und Gemeinden. Außerdem sind sie unverzichtbar für einen sektorübergreifenden Klima- und Ressourcenschutz.

Baustein der deutschen Klima- und Ressourcenpolitik

Manche Prozesse funktionieren so gut, dass sie kaum ins Bewusstsein treten. Bei der kommunalen Abfallwirtschaft ist das so. Seit Jahrzehnten sorgen die Betriebe Tag für Tag dafür, dass der Abfall zuverlässig entsorgt wird. Die Erlöse, die sie mit Wertstoffen wie Papier oder Metall erzielen, nutzen sie, um die Gebühren angemessen und stabil zu halten. Stadtreinigungsbetriebe sorgen für saubere Straßen, an Feiertagen, bei Volksfesten, sommers wie winters. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die kommunalen Entsorger dafür.

Doch kommunale Abfallwirtschaft umfasst mehr als für viele sichtbar ist. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Baustein der deutschen Klima- und Ressourcenpolitik. Kommunale Unternehmen erarbeiten regional angepasste Entsorgungs- und Verwertungskonzepte – mit Erfolg: In keinem Land der Europäischen Union (EU) werden mehr Abfälle recycelt. Damit stetige Verbesserungen erzielt werden können, benötigt die Branche allerdings eine nachvollziehbare Methodik zur Berechnung der Recyclingquote.

Mit Blick auf die Sektorkopplung kommt auch den kommunalen Müllverbrennungs- und Biogasanlagen große Bedeutung zu. Müllheizkraftwerke produzieren Strom, Prozessdampf und Fernwärme, meist in Form der besonders energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplung und damit unabhängig von Wind und Wetter. Da mit der Energiegewinnung aus Abfällen der Einsatz fossiler Brennstoffe reduziert wird, konnten fast sechs Millionen Tonnen klimarelevanter Kohlenstoffdioxid-Emissionen vermieden werden.

Darüber hinaus stehen kommunale Betriebe für Bürgerservice: Sie bieten Hol- und Bringsysteme für Sperrmüll, sie betreiben Wertstoffhöfe sowie Gebrauchtwarenkaufhäuser. Sie setzen sich für Abfallvermeidung und Umwelterziehung ein. Damit werden viele Bürger aktiviert: Jährlich nehmen mehrere hunderttausend Menschen an Stadtsauberkeitstagen teil, die die kommunalen Unternehmen organisieren. Diese bundesweiten Programme bürgerschaftlichen Engagements bedürfen der Förderung.

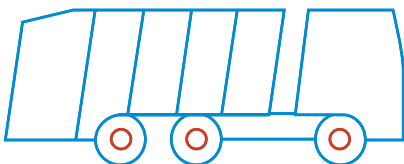
› Das alles und noch mehr steckt hinter der Arbeit der kommunalen Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe, von denen die meisten Menschen nur einen kleinen Ausschnitt sehen. Damit die Unternehmen ihre Arbeit auch zukünftig erfolgreich im Sinne der Bürger erledigen können, benötigen sie die richtigen Rahmenbedingungen.

Kohlenstoffdioxid-Emissionen

6 Millionen Tonnen

*Einsparung
durch
Energiegewinnung
aus Abfall*

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Spurenstoffe: Reduktion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Trinkwasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Es finden sich jedoch zunehmend Spurenstoffe in den Gewässern, unseren Trinkwasservorkommen. Mit der derzeitigen Aufbereitungstechnik können diese Spurenstoffe nicht restlos entfernt werden. Die kommunale Wasserwirtschaft unterstützt daher die Bemühungen der Bundesregierung, Spurenstoffeinträge in Gewässer möglichst frühzeitig zu reduzieren.

Wasserschutz geht alle an

Spurenstoffe dürfen auch auf längere Sicht keinen Weg in die Trinkwasservorkommen finden. Daher fordern Wasserversorger und Abwasserentsorger mehr Sensibilität bei Verbrauchern und Industrie. Ein entsprechendes gesellschaftliches Bewusstsein ist im Zusammenwirken aller Beteiligten notwendig. Kommunale Kläranlagen sind auf die Entfernung solcher Spurenstoffe nicht ausgelegt. Die vierte Reinigungsstufe auf Kläranlagen würde hohe Anschaffungskosten im Verhältnis zu einer niedrigen Effizienz bedeuten. Denn selbst optimierte, mit einem erheblich größeren Energieaufwand betriebene Kläranlagen können nur einen Teil der Spurenstoffe aus dem Abwasser entfernen.

Spurenstoffe von Anfang an reduzieren

Das Verursacherprinzip muss stärker in den Fokus rücken. Der VKU fordert deshalb eine Produktkennzeichnungspflicht. Auf Verpackungen oder Beipackzetteln muss für den Verbraucher klar erkennbar stehen, dass Arzneimittel und andere Chemikalien nicht in die Toilette gehören. Dort sollten auch die Auswirkungen von Wirkstoffen auf die Gewässer vermerkt sein. Nachbesserungen brauchen wir dringend auch beim Zulassungsverfahren von Pestiziden und Arzneimitteln. Hier muss die Gewässerrelevanz stärker berücksichtigt werden und ein „Nachzulassungsmonitoring“ etabliert werden.

Spurenstoffe künftig stärker zu reduzieren, ist mit finanziellem Aufwand verbunden. Die hierfür diskutierte Reform der Abwasserabgabe darf die kommunale Abwasserwirtschaft nicht mehr als heute finanziell belasten. Durch die geplante Förderung der Investitionskosten wird jedoch nur ein geringer Teil der tatsächlichen Mehrkosten beim Ausbau einer vierten Reinigungsstufe abgedeckt. Der Rest müsste dann über die Abwassergebühren finanziert werden.

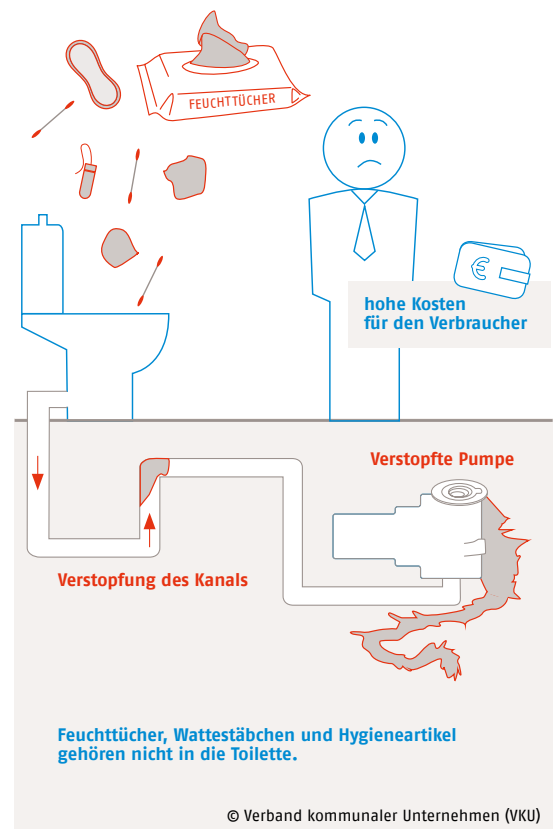
Die Reduktion von Spurenstoffen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die kommunalen Unternehmen stehen bereit, die Wasserressourcen noch besser zu schützen. Sie brauchen die Unterstützung der Politik, Wirtschaft und Verbraucher. Die vierte Reinigungsstufe in Kläranlagen kann nur einen Teil der Spurenstoffe zurückhalten. Wirksame Maßnahmen müssen vorher ansetzen.

Mikroverunreinigungen in Gewässern



Müllmengen im Abwasser

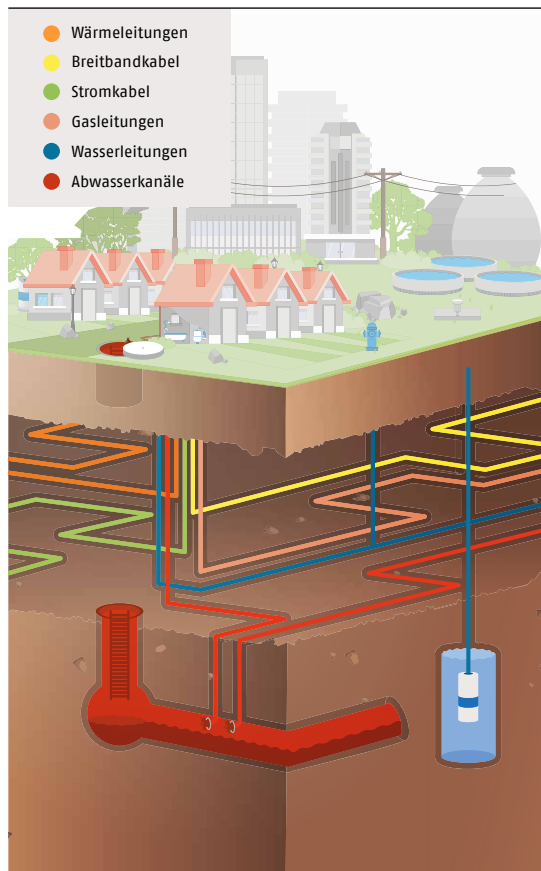


Infrastrukturen

*Kommunale Infrastruktur
ist ein bedeutender
Vermögenswert.*

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Schatz unter der Straße



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Kommunale Unternehmen sind mit ihren effizienten und qualitativ hochwertigen Infrastrukturen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie garantieren die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger – in der Stadt und auf dem Land. Ihre Infrastrukturen sind für die Gesellschaft und Wirtschaft unentbehrlich. Sie sind ein „Schatz unter der Straße“.

Schatz unter der Straße

Die Infrastruktur der kommunalen Unternehmen ist ein bedeutender Vermögenswert der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein „Schatz unter der Straße“, der Voraussetzung für die hohe Qualität der Versorgungssicherheit ist. Unter den Straßen, Häusern und Städten befinden sich Trink- und Abwasserleitungen, Breitbandkabel sowie Strom- und Wärmeleitungen. Eine ebenso zentrale Infrastruktur, die sich unter der Straße befindet, sind Gasleitungen.

Die kommunalen Unternehmen entwickeln ihre Infrastrukturen nach den Erfordernissen vor Ort, dass überall in Deutschland zu jeder Zeit die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Jedoch stellen veränderte Rahmenbedingungen kommunale Unternehmen beim Erhalt und der Entwicklung von Infrastrukturen vor neue Herausforderungen. Der demografische und klimatische Wandel, Ressourcenknappheit, veränderte Nutzungsverhalten und beispielsweise rückläufige Wasserverbräuche fordern kommunale Ver- und Entsorger. Gleichwohl müssen sie ihre Dienstleistungen weiterhin kostendeckend bei gleichbleibend hoher Qualität und dennoch zu möglichst stabilen Entgelten erbringen.

Passgenaue Lösungen

Diesen Herausforderungen begegnen kommunale Unternehmen mit innovativen und passgenauen Lösungen vor Ort. Damit dies gelingt, ohne die Bürgerinnen

*Kommunale Unternehmen entwickeln
ihre Infrastrukturen nach den Erfordernissen vor Ort.*

und Bürger übermäßig durch steigende Entgelte zu belasten, müssen eine Reihe von Rahmenbedingungen beachtet werden. So dürfen beispielsweise in der Wasser- und Abwasserwirtschaft die erforderlichen Mittel für den Infrastrukturerhalt nicht durch Investitionserfordernisse aufgrund immer neuer Anforderungen aufgezehrt werden. Jede politische Gesetzesinitiative, die Investitionen erforderlich macht, muss die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort stärken. Einheitliche Lösungen für alle Wasser- und Abwasserentsorger sind nicht sinnvoll.

Die Infrastruktur kommunaler Unternehmen befindet sich heute oftmals unter der Straße und damit außerhalb des Sichtfeldes und damit der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Der Klima- sowie demografische Wandel und Ressourcenknappheit stellen neue Anforderungen an die Infrastrukturen, für deren Erhalt hohe Investitionen und langfristige Planungen nötig sind.

Für Wirtschaft und Gesellschaft gilt gleichermaßen: Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Eine hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist dafür die Basis. Für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land muss sie flächendeckend verfügbar sein. Das gilt umso mehr, wenn Arbeit, Verwaltung, Gesundheitsversorgung oder Lernen zunehmend digital stattfinden. Wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Teilhabe sind ohne schnelles Internet nicht mehr möglich.

Glasfaserausbau: Kommunale Unternehmen übernehmen Verantwortung für ihre Region

Die kommunalen Unternehmen sind seit jeher der verlässliche Partner von Bürgern und Wirtschaft und übernehmen Verantwortung für die Zukunft ihrer Region: Sie liefern überall in Deutschland und jederzeit Leitungswasser in Trinkwasserqualität, Energie und Wärme. Sie entsorgen Abwasser und Abfall und ermöglichen den ÖPNV. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Glasfaserausbau – vor allem auch abseits der Ballungszentren in ländlichen Gebieten. So sorgen sie dafür, dass ihre Region nicht abgehängt wird von der digitalen Welt – echte Daseinsvorsorge 4.0.

Nichts geht mehr ohne schnelles Internet – schon heute, aber umso mehr in der Zukunft. Deshalb investieren wir jetzt in die beste Infrastruktur.

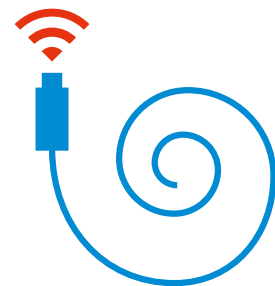
Neue Regeln für ländliche Gebiete

Der Breitbandausbau vollzieht sich grundsätzlich im Wettbewerb. In ländlichen Gebieten herrscht allerdings oftmals kein Wettbewerb. Deshalb muss hier über eine Feinjustierung in Sachen Regulierung und Wettbewerbsrecht nachgedacht werden. In anderen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge konnte mit Hilfe von Konzessionierungen auch in ländlichen Gebieten zügig eine gleichwertige Versorgung erreicht werden. Auch für den Breitbandausbau könnte dieser Ansatz geeignet sein.

Förderung: Ziele und Bedingungen anpassen

Das Datenvolumen wächst rasant. Die Glasfaser ist die zukunftsfähigste Technologie. Ihr flächendeckender Ausbau muss deshalb das Ziel der nächsten Bundesregierung sein. Investitionen in Brückentechnologien und Zwischenlösungen sind nicht hilfreich. Für den flächendeckenden Glasfaserausbau werden weitere Fördermittel notwendig sein. Diese laufen aber ins Leere, wenn destruktiver Überbau bestehender Glasfasernetze und Rosinenpicken nicht wirksam verhindert werden können. Hier ist künftig eine verbindliche, sanktionierbare Ausgestaltung des Markterkundungsverfahrens im Vorfeld von Ausbauprojekten zwingend.

Breitbandausbau



Die kommunalen Unternehmen übernehmen Verantwortung für ihre Region:

55%

ihrer Ausbaugebiete waren vor ihrem Engagement unterversorgt.

Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
 Fon +49 30 58580-0
 Fax +49 30 58580-100
 info@vku.de

www.vku.de

Interaktive Deutschlandkarte

Die Digitalisierung kennt keinen Rückwärtsgang. Deshalb nutzen kommunale Unternehmen aktiv die Digitalisierung, um neue kundennahe Angebote und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Der VKU zeigt die Vielfalt digitaler Anwendungsbeispiele in seiner neuen interaktiven Deutschlandkarte.

Digitale Transformation gestalten

Kommunale Unternehmen bieten den Bürgerinnen und Bürgern vielfältigste intelligente Dienstleistungen an und haben das Potenzial Gemeinden, Städte, Kreise und ganze Regionen neu und smart zu vernetzen. Im digitalen Zeitalter stellen kommunale Unternehmen aber auch weiterhin zuverlässig Infrastrukturen bereit und erfüllen somit wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge. Gleichzeitig denken kommunale Unternehmen weiter: Gemeinsam mit anderen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ergründen sie die Möglichkeiten der intelligenten Vernetzung und der Digitalisierung der Energiewende. Dabei steht der Kunde im Vordergrund.

Ob SINTEG-Projekt für eine intelligente Energiewende, City Cloud für einen sicheren Datenverkehr, Abholzeiten des Abfalls und Informationen zum Trinkwasser per App: Auf einer interaktiven Deutschlandkarte stellt der VKU digitale Anwendungen, Projekte und Produkte kommunaler Unternehmen aus der gesamten Breite der Kommunalwirtschaft vor. Einige kommunale Unternehmen bieten bereits digitale, regionale Plattformen an, wie die Stadtwerke Trier mit dem Projekt „econnect“. Alle Beispiele können nach Bundesland und Wahlkreisen gefiltert werden. Die Karte finden Sie unter: www.vku.de/digitalisierung.

- › Mit drei Klicks zum digitalen Projekt vor Ort: Die interaktive Deutschlandkarte zeigt das gesamte Spektrum digitaler Beispiele aus der Kommunalwirtschaft. Interessierte können nach Unternehmen aus dem Wahlkreis, nach digitalen Oberthemen oder Branchen suchen.

Digitale Projekte



Über **250**
 digitale Anwendungsbeispiele
 kommunaler Unternehmen

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt mehr als 1.450 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit knapp 260.000 Beschäftigten wurden 2014 Umsatzerlöse von mehr als 111 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 9,4 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 54 Prozent, Erdgas 56 Prozent, Trinkwasser 85 Prozent, Wärmeversorgung 67 Prozent, Abwasserentsorgung 40 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen 5,7 Millionen Kunden mit Breitband. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro, um dann insgesamt 6,3 Millionen Menschen an schnelles Internet anschließen zu können.

Digitalisierung